

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1948 1948

88 (7.10.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Veröffentlichungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag: DM 1,80
einzel. Trägelohe, bei Postbest. DM 2,10 / Anzeigen nach Preisliste 3
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgeschickt werden

Breisgau Markgräflerland Kaiserstuhl

Telefon: Verlag u. Redaktion: Leitz 1265 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4400
und Karlsruhe 1044 / Bankkonto: Oberhausische Bank, Zweigstelle Leitz
Kassa: Postkass. bei Lösung durch hoh. Gericht / Telegramm: Neubaden

NR. 88 / 2. JAHRG.

DONNERSTAG DEN 7. OKTOBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Sowjets lehnen Erörterung ab

Weltsicherheitsrat nahm Tagesordnung einschließlich des Streitfalls Berlin mit 9:2 Stimmen an — Sowjetunion und Ukraine stimmten gegen die Aufnahme der Berliner Frage

Paris. Der Weltsicherheitsrat setzte am Dienstagmorgen die am Montag begonnene Debatte über den Streitfall Berlin fort. Als erster sprach der französische Delegierte Alexandre Parodi, der Bezug nahm auf die Einwände, die der Sowjetdelegierte Wyschinski am Montag erhoben hatte. Wyschinski hatte gesagt, daß die Berliner Frage nicht auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates gehöre, da erstens keine Bedrohung des Friedens vorhanden sei und zweitens dies dem Artikel 107 der Charta zuwiderlaufe. Der erste Einwand sei kraftlos, da er sich auf die Substanz dieser Frage beziehe. Genau so sei es mit dem Einwand hinsichtlich des Artikels 107 in bezug auf Handlungen im Zusammenhang mit ehemaligen Feindstaaten, denn in dem vorliegenden Fall handele es sich um Maßnahmen der Sowjetunion in bezug auf die übrigen Besatzungsmächte. Wyschinski habe behauptet, daß die Lage in Berlin keine Bedrohung des Friedens darstelle. „Dies“, meinte Parodi, „muß näher erläutert werden. Um dies aber zu erläutern, muß die Sache auf die Tagesordnung gesetzt werden.“

Paris. El Khouary, Syrien, meinte, es sei ihm nicht klar, wie die sowjetische Blockade gegen Berlin mit Artikel 107 der Charta in Verbindung gebracht werden könne. Die Blockade sei ja nicht gegen Deutschland oder irgendeinen der Bewohner dieses Landes, sondern gegen die übrigen Besatzungsmächte verhängt worden. Es handele sich um eine rein politische Angelegenheit, die mit dem vergangenen Kriege nicht im Zusammenhang stehe.

Der Vorsitzende, Argentinens Außenminister Bramuglia, forderte die Delegierten dann zur Abstimmung für oder gegen die Aufnahme des vorliegenden Streitfalles in die Tagesordnung auf. Vor seiner Aufforderung meldete sich jedoch der Sowjetdelegierte Wyschinski zum Wort und sprach von „lächerlichen Beschuldigungen, die der amerikanische Delegierte über eine Blockade von Berlin hervorgebracht habe“. Die Sowjetunion habe vorgeschlagen, die Berliner Frage dem Außenministerrat zu unterbreiten, denn dies sei das Organ, das für diese Angelegenheit zuständig sei. Anschließend legte Wyschinski erneut dar, daß eine ganze Serie von internationalen Abkommen einschließlich des Potsdamer Abkommens und des Abkommens von Jalta Bestimmungen über die Maßnahmen enthalte, die für eine Regelung von Fragen bezüglich Deutschlands und anderer besetzter Mächte angewendet werden müssen.

Der umstrittene Artikel 107

Wyschinski griff dann die von den Vereinigten Staaten und Großbritannien vorgebrachten und von Syrien unterstützten Argumente heftig an, daß Artikel 107 der UN-Charta nur solche Fragen von der Behandlung durch die Vereinten Nationen ausschließe, die sich zwischen den Siegermächten und den von ihnen jetzt besetzten ehemaligen Feindländern ergeben würden.

UN-Charta ein Kollektivvertrag

Nach Wyschinski ergreife der belgische Delegierte Fernand van Langenhove das Wort und erklärte, die UN-Charta sei ein Kollektivvertrag, der zur Erhaltung des Friedens beschlossen worden sei. Sie könne nicht durch besondere oder private Verträge ungültig gemacht werden, sofern dies nicht besonders darin vorgesehen, und Artikel 107 enthalte keine solchen Vorbehrungen.

Der Sicherheitsrat beschloß mit 9:2 Stimmen

Oberbefehlshaber der Westunion

London. Feldmarschall Lord Montgomery ist, wie hier offiziell bekanntgegeben wurde, zum Vorsitzenden und Oberbefehlshaber des ständigen Verteidigungsausschusses der Westunion ernannt worden. General Jean de Lattre de Tassigny (Frankreich) ist zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte ernannt worden, Vizeadmiral Robert Jaujard (Frankreich) wurde zum Befehlshaber der Seestreitkräfte der fünf Staaten ernannt.

Sowjets beschlagnahmen

alle Privatkraftwagen von Interzonenreisenden
Kassel. Sowjetische Behörden beschlagnahmen seit vier Tagen an der Grenzübergangsstelle Wartha alle Privatkraftwagen von Interzonenreisenden, die in die US-Zone zurückkehren wollen.

men, die Berliner Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Im Anschluß daran schlug der Präsident des Sicherheitsrates vor, die Sitzung auf Mittwoch zu verlagern.

UdSSR und Ukraine nehmen nicht an Erörterung teil

Daraufhin erhob sich Wyschinski und erklärte, die Sowjetunion werde an der Erörterung der Berliner Frage nicht teilnehmen. Der ukrainische Delegierte Manuilsky unterstützte die Haltung des sowjetischen Delegierten und erklärte, seine Delegation werde ebenfalls nicht der Erörterung der Berliner Frage beiwohnen. Der Rat vertagte sich dann auf Mittwoch. Als Wyschinski nach der Sitzung gefragt wurde, ob er an

der Mittwochsitzung des Sicherheitsrates teilnehmen, antwortete er: „Warten Sie ab bis morgen.“

Die Ansicht Trygve Lies

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, erklärte zu den Ankündigungen Wyschinskis und Manuilskys, die Delegationen der Sowjetunion und der Ukraine würden an den Erörterungen des Sicherheitsrates über die Berliner Frage nicht teilnehmen, seiner Ansicht nach bedeute dies nicht, daß die Vertreter der UdSSR und der Ukraine künftig nicht anwesend sein würden. Lie fügte hinzu, daß sie wahrscheinlich im Sicherheitsrat erscheinen, aber nicht sprechen werden.

Atombomben-Explosion in der UdSSR?

Meteorologische Stationen in der Schweiz und USA registrieren „Erdstöße“

Zürich. Schwere Explosionen, die von Atombomben herrühren können, wurden in der Schweiz von der meteorologischen Station in Zürich registriert. Schwere Explosionen ergeben diesen Berichten zufolge ein anderes graphisches Bild als Erdbeben. Es wird darauf hingewiesen, daß Beamte der Schweizer meteorologischen Stationen Anweisungen erhielten, Berichte über Atombombenexplosionen in der Sowjetunion weder zu bestätigen noch zu dementieren, da derartige Berichte einen politischen und militärischen Charakter haben und sogar als Verletzung der Schweizer Neutralität ausgelegt werden könnten.

Washington. Meteorologische Stationen in den Vereinigten Staaten haben ebenfalls Erdstöße registriert, die von Atombomben herrühren können. Das Zentrum befindet sich möglicherweise in der UdSSR.

Das Neueste: Augenbombe

Florida. Die Vereinigten Staaten verfügen, wie die Versuchstation der US-Luft-

waffe in Elgin Field am Dienstag bekanntgab, über eine „Augenbombe“, die ihren eigenen Fall auf Ziele selbst regulieren kann. Die Bombe hat die Bezeichnung „VB 6“ oder „hitzesuchende Bombe“. Techniker erklärten, daß die Bombe von jedem Ziel angezogen wird, das eine höhere Temperatur ausstrahlt als seine Umgebung. An der Spitze der Bombe befindet sich ein aus Preßstoff hergestelltes Zyklopaugauge. Das Auge bewegt sich, sobald eine Wärmequelle sein Gesichtsfeld streift. Die Bewegung wird auf ein Steuerrohr übertragen, das die Bombe dann auf das Ziel lenkt.

Mil-lieferungen an Westeuropa gefordert

Washington. Der Vorsitzende des Militärausschusses des amerikanischen Senats, Senator Chan Gurney, sprach sich am Dienstag für eine Lieferung von Kriegsmaterial zur Unterstützung Westeuropas gegen den Kommunismus bis zum Aeußersten der amerikanischen Wirtschaftskapazität aus.

Neuordnung des Justizwesens

Drei neue Verordnungen zur Rechtspflege in der französischen Zone

Baden-Baden. Die französische Militärregierung gab, laut Südens, drei Verordnungen bekannt, die die Rechtspflege in der französischen Zone neu ordnen. Einmal wird das Verhältnis der Militärregierung zu den deutschen Justizbehörden geregelt. Die zweite Verordnung ordnet die Strafsatzgebung der Besatzungsbehörde und die dritte das Gerichtsverfahren der Militärregierung.

Nach der ersten Verordnung sind, von einigen Ausnahmen auf dem Gebiet des Strafrechts abgesehen, grundsätzlich die deutschen Gerichte zuständig. Die Besatzungsmacht hat sich lediglich das Recht vorbehalten, eine Sache überhaupt vor das Forum eines Besatzungsgerichtes zu ziehen und weiter das Recht, ein Urteil abzuändern. Ihre Gerichte sind zur Entscheidung berufen bei Vergehen gegen die Sicherheit und das Ansehen der Besatzungsmacht, bei Vergehen gegen Vermögenswerte und Rechte der Streitkräfte und die Organisation der Besatzungsmacht, schließlich bei der Aburteilung von Kriegsverbrechern. Angehörige der Vereinten Nationen, die nicht Mitglieder der Besatzungstreitkräfte sind, können von deutschen Gerichten abgeurteilt werden.

Die Kontrolle der deutschen Justiz durch die Besatzungsmacht ist ebenfalls neu geregelt worden. Während bisher die Besatzungsbehörde das Recht hatte, ein vor einem deutschen Gericht schwebendes Verfahren vor eines ihrer Gerichte zu ziehen, darf diese Befugnis in Zukunft nur noch von einer Justizbehörde und nicht mehr von einer Verwaltungsbehörde ausgeübt werden.

Die zweite Verordnung befaßt sich mit der Strafsatzgebung der Besatzungsbehörden. Während bisher die Straftatbestände nicht scharf genug festgelegt, die Strafen streng und praktisch unbegrenzt waren, sind die einzelnen Straftaten nunmehr genau umschrieben und die Strafen genau festgelegt worden.

Die dritte Verordnung regelt das Gerichtswesen der Militärregierung. Im Ermittlungsverfahren darf hier die Polizei den Angeeschuldigten nur solange festhalten, wie es für seine Vernehmung erforderlich ist. Hausdurchsuchungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen sind nur unter bestimmten Garantien zulässig. Abgesehen von den Fällen, wo der Täter auf frischer Tat ergriffen wird,

dürfen solche Maßnahmen nur von einem Mitglied der Gerichte der Militärregierung oder auf seine Anordnung getroffen werden.

Außer den Gerichten erster Instanz mit allgemeiner Zuständigkeit wird es künftig ein höheres Gericht als Berufungsgericht geben. Sind Delikte abzuurteilen, auf die eine höhere Strafe als zehn Jahre Gefängnis stehen, so werden den drei Richtern der ersten Instanz zwei Hilfsrichter beigeordnet. Ebenso wie jede Entscheidung durch Anrufung der höheren Instanz angefochten werden kann, ist auch jede Entscheidung nachprüfbar, wenn die Möglichkeit gegeben ist, daß beim erstinstanzlichen Urteil ein Irrtum in tatsächlicher Hinsicht unterlaufen ist.

Lebensmittelenahme und wirtschaftliche Entwicklung

Pressekonferenz bei General Hepp

Baden-Baden. Sofern die französische Besatzungsmacht jetzt noch Lebensmittel, zum Beispiel Fleisch und Milch, aus ihrer Zone entnimmt, wird dies durch Lieferungen von Konservenerzeugnissen von demselben Gewicht ausgeglichen. Ferner wird die französische Zone, wie der Leiter des Informationswesens der französischen Militärregierung, Direktor Hepp, hier am Dienstag in einer Pressekonferenz erklärte, weiterhin Lebensmittel für die Berliner Bevölkerung aufbringen.

Auf die wirtschaftliche Entwicklung eingehend, erklärte der Sprecher, daß zwischen den drei Westzonen bald keine großen Unterschiede mehr bestehen werden. Die Lebensmittelenahme in der französischen Zone habe im September pro Tag und Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 1772 Kalorien gegenüber 1755 Kalorien in der Bizone betragen. Man hoffe, sie nach dem Wirksamwerden des Marshall-Planes auf täglich 2000 Kalorien steigern zu können. Allerdings sei in der französischen Zone noch mit einer gewissen Preiserhöhung zu rechnen. Zur Frage der Bewirtschaftung sagte er, daß Mangelartikel wie Kohle, elektrischer Strom, Schuhe, Textilien, Papier, Seife sowie Erzeugnisse, die aus anderen Zonen eingeführt werden müssen, zum Beispiel Traktoren, Kraftwagen, Fotoapparate und Glühlampen, weiterhin kontrolliert bleiben werden.

Die politische Säuberung in Südbaden

vor ihrem baldigen Abschluß

Von Ludwig Haberer
Beirat im Staatskommissariat für politische Säuberung

Mit den kürzlich ergangenen Vorschriften zur Beschleunigung der politischen Säuberung, insbesondere den Ausführungs- und Vollzugsbestimmungen zur Verordnung 165, ist die Entnazifizierung zweifellos in das Schlußstadium eingetreten.

Bedauerlicherweise sind die von der Demokratischen Partei gemachten Vorschläge, daß durch weitgehendste Vereinfachungsmaßnahmen das umständliche Entnazifizierungsverfahren schnell und gerecht zum Abschluß gebracht werden sollte, nur teilweise berücksichtigt worden. In einem Artikel „Die Entnazifizierung“, der am 16. 4. 1948 ebenfalls im „Neuen Baden“ erschienen ist, sind die fraglichen Vorschläge ja näher umrissen. Unsere Forderung, daß mit der Verordnung 133 auch die finanziellen Sühnemaßnahmen für die nominalen Parteimitglieder wegfallen, ist durch die neu ergangene Anweisung 165 jetzt erfüllt worden.

Personen, die von der Verordnung 133 Gebrauch gemacht haben, aber denen die finanziellen Sühnemaßnahmen zwangsläufig nicht nachgelassen wurden, kommen nunmehr automatisch in den Genuß dieser weitgehenden Vergünstigungen, d. h. auch die in sich noch zu bezahlenden Sühnebeiträge sind ihnen mit Wirkung vom 1. 12. 47 erlassen. Des weiteren ist die Verordnung 133 noch mehr ausgeweitet worden, und zwar dahingehend, daß alle, die einen Posten auf der „Blockstufe“ in der Partei hatten, jetzt auch in den Genuß der Vergünstigungen der Verordnung 133 kommen. Das, was als auf der Blockstufe stehend zu bezeichnen ist, ist in der Zwischenzeit auch klargestellt. In der Partei selbst ist es der Blockleiter und Blockhelfer; in der SA der Scharführer, sofern die Beförderung nach dem 1. 4. 33 erfolgte, und im NSKK ward sogar bis zum Sturmführer — dieser Rang selbst aber nicht eingeschlossen — gegangen.

In den betretenen und anderen Organisationen werden jeweils die unteren Ämter nach mit erfaßt.

Die nominalen Mitglieder der Partei und diejenigen, die einen Posten auf der Blockstufe innehatten, können — selbst wenn sie ein endgültiges Spruchkammerurteil haben — nochmals ein Gesuch zur Überprüfung ihres Falles einreichen. Dieser Umstand ist besonders hervorzuheben und zu beachten.

Außerordentlich bedauerlich ist, daß das Verfahren, um in den Genuß der angeordneten Vergünstigungsmaßnahmen zu kommen, ein außerordentlich umständliches ist. Die Betroffenen werden in den seltensten Fällen von sich aus in der Lage sein, ohne weiteres zu entscheiden, ob sie darunterfallen und was sie zu tun haben.

Nachdem durch die vorstehenden Ausführungen aber klargestellt ist, daß z. B. jedes einfache nominelle Parteimitglied ein solches, das ein Amt bis zur Blockstufe in der Partei eingenommen hat, in den Genuß der Vergünstigung kommen kann, ist es erforderlich, daß die in Frage Kommenden sich mit ihren Dienststellen in Verbindung setzen, die dann das Weitere zu veranlassen haben.

Die fraglichen Dienststellen haben nämlich die für die Vergünstigungen in Frage Kommenden in verschiedenen, mit Buchstaben bezeichneten Listen aufzunehmen. Diese werden dann über die zuständigen Ministerien, (für Industrie und Handel an die Industrie- und Handelskammer und für das Handwerk über die Handwerkskammer) dem Staatskommissariat für politische Säuberung vorgelegt. Das Staatskommissariat reicht dann nach entsprechender Überprüfung unter Heranziehung der DNZ-Akten die Gesuche an die Militärregierung zur Genehmigung weiter.

Darüber hinaus gibt es noch eine weitere Gruppe von Betroffenen, die auf Grund von geringen Sühnemaßnahmen, die im ursprünglichen Säuberungsverfahren gegen sie ausgesprochen wurden, auf Grund einer sogenannten Einstufungstabelle mit Wirkung vom 13. 7. 48 an, von weiteren Sühnemaßnahmen befreit sind. Es handelt sich um die nachstehenden Sühnemaßnahmen:

Rückstufung auf die Jahre 1937—1945,
Rückstufung um 1—2 oder 3 Dienstalterszu-
lagen,
Rückstufung um 15% oder weniger der Bezüge oder Pensionen,
Einzug von 15% oder weniger des Gesamtvermögens,
Einzug von 40% oder weniger des seit —
irgendem Jahr — erworbenen Vermögens,
Geldbuße von 15% oder weniger des Gesamtvermögens,
Geldbuße von RM 1 000.— und weniger.

In diesen Fällen wird also nur entsprechend den Sühnemaßnahmen die Beendigung der-

selben herbeigeführt. Die politische Belastung, die aber in allen diesen Fällen eine geringe sein dürfte, spielt keine Rolle.

Betroffene deren verfügte Vermögensabgaben höher liegen wie in der vorstehend aufgeführten Tabelle genannt, die also z. B. mit Einzug von 16-30% des Gesamtvermögens belegt sind, werden von einer neu gebildeten Bewertungskommission endgültig behandelt. Die beantragten Revisionsverfahren dieser Gruppe von Betroffenen kommen also auch nur teilweise zur Durchführung, d. h. vor die Spruchkammer. Die Weiterleitung an die Spruchkammer zur Durchführung des Revisionsverfahrens kommt nur in Frage, wenn der von der Bewertungskommission festzusetzende Betrag höher als DM 1500.- im einzelnen Falle liegt oder wenn besonders schwere Arbeitsühnmaßnahmen dies als gerechtfertigt

erschienen lassen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Fälle mit über 40% Vermögensabgabe ja sowieso bereits vor der Spruchkammer behandelt wurden.

Als letzte Kategorie der durch die Landesreinigungskommissionen erlassenen Säuberungsurteile sind die sogenannten Umgruppierungsfälle anzusehen. Hier wird eine Begrenzung der Sühnmaßnahmen auf einen gewissen Zeitpunkt vorgenommen. Es handelt sich hier um diejenigen ursprünglich ergangenen Urteile, die von keiner Revision erfaßt wurden und die nicht mit ihren Sühnmaßnahmen in den vorstehend aufgeführten Rahmen fallen.

Hier wird von der im Amtsblatt ergänzten Veröffentlichung ausgegangen, und zwar wie folgt:

Im Amtsblatt erschienene Sühnmaßnahmen	Ende der Bewährungsfrist	
	2 Jahre	3 Jahre
im Jahr 1946	1. Oktober 1948	1. Oktober 1949
zwischen dem 1. Januar u. 30. Juni 1947	1. März 1949	1. März 1950
zwischen dem 1. Juli und 31. Dez. 1947	1. Oktober 1949	1. Oktober 1950

Mit Ablauf der Bewährungsfrist nehmen alle zeitlich begrenzten Sühnmaßnahmen, einschließlich der Abzüge an Gehältern, Ruhegehältern oder Einkommen, ein Ende.

Durch die vorstehenden Ausführungen soll den Betroffenen ein ungefährer Ueberblick über die Fälle gegeben werden, die von den neuen Vorschriften zur Beschleunigung der politischen Säuberung erfaßt und begünstigt werden. Damit von ihrer Seite aus auch die notwendigen Schritte unternommen werden können, um in den Genuß dieser Vergünstigung zu kommen.

Es gibt natürlich bei der Kompliziertheit des ganzen Entnazifizierungsverfahrens eine große Anzahl von Fällen, bei denen nicht ohne weiteres gesagt werden kann, ob sie unter die Vergünstigungsmaßnahmen fallen oder nicht. Diese müssen dann noch entsprechend überprüft werden. Dies hängt damit zusammen, daß die im ursprünglichen Säuberungsverfahren ergangenen Urteile so mannigfaltig in ihrer Ausführungsweise waren.

Damit dürften in großen Zügen die ganzen Vorschriften, die jetzt durch den Erlass der Militärregierung zur Beschleunigung der politischen Säuberung, insbesondere Ausführungs- und Vollzugsbestimmungen zur

Verordnung 165 angewandt werden, dargestellt sein. Wie gesagt, es ist zwecklos, noch darüber zu diskutieren, ob ein einfacheres System hätte gefunden werden können, um zum gleichen Ziele zu kommen. Tatsache ist es aber, daß man in Südbaden gegenüber den anderen Ländern in der französischen Zone doch wenigstens vor dem Abschluß der Säuberung steht und diesbezüglich genaue Vorschriften hat.

Von etwa 220 bis 230 000 Personen, die einer politischen Ueberprüfung unterzogen wurden, werden am 1. März 1949 noch je etwa 4000 Minderbelastete und Mitläufer übrigbleiben neben einem Gesamtbestand von 200 bis 300 Schuldigen.

Durch die immer wieder durchgeführten Verhandlungen mit der Militärregierung ist dies erreicht worden, und nicht nur der Herr Staatskommissar, sondern auch der politische Beirat haben sich immer wieder dafür eingesetzt, daß trotz aller Fehler und Mängel, die einem solchen Verfahren anhaften müssen, doch jetzt endlich in kürzester Frist ein Schlußstrich gezogen werden kann.

Auch mit vielen der ergangenen Spruchkammerurteile wird man nach dieser oder jener Richtung hin nicht zufrieden sein können; aber dadurch, daß die Militärregierung

selbst dem Staatskommissar und auch dem Politischen Beirat kein Einspruchsrecht mehr einräumt, ist die Wiederaufholung eines Verfahrens nur bei Vorliegen eines Verfahrensverstößes überhaupt möglich.

Zum Schluß ist im Hinblick auf die kommenden Wahlen bezüglich des Wahlrechtes und der Wählbarkeit das Folgende zu sagen: Begünstigte der Verordnungen 133 und 145 sind in jedem Falle nicht nur wahlberechtigt, sondern auch wählbar.

Wahlberechtigt sind alle Personen, die nicht in die Gruppe der Hauptschuldigen oder Schuldigen fallen oder denen nicht als Minderbelastete das Wahlrecht durch Spruchkammerurteil ausdrücklich abgesprochen worden ist.

Wählbar dagegen sind außer den bereits aufgeführten Personen, die Begünstigte der Verordnungen 133 und 145 sind, nur solche, die in die Gruppe der „vom Gesetz nicht Betroffenen“ oder „Entlasteten“ eingereiht, und diejenigen „Mitläufer“, deren Sühnmaßnahmen bereits abgelaufen sind.

Nicht wählbar sind also nur die „Mitläufer“, deren Einsetzung auf Grund einer rechtskräftigen Spruchkammerentscheidung erfolgt ist.

Wählbar sind selbstverständlich auch diejenigen, die unter die Verordnung 92 - „Jugendamnestie“ - gefallen sind.

Im übrigen wird diesbezüglich auf die Weisung Nr. 18 vom 9. September 1948 verwiesen, die wegen der Wahlberechtigung und Wählbarkeit bezüglich der Kommunalwahlen 1948 den Landratsämtern, Kreisverwaltungen und Gemeinden zugegangen ist.

Was wollen die Sowjets verheimlichen?

Verkehrbeschränkungen in der UdSSR

Washington. Der Pressereferent des amerikanischen Außenministeriums gab bekannt, daß die Sowjetregierung Verkehrsbeschränkungen für die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der ausländischen Missionen verhängt hat. Nach den neuen Bestimmungen ist der Verkehr im Gebiet von Moskau nur in einem Umkreis von fünfzig Kilometern um die sowjetische Hauptstadt gestattet. Neue sowjetische Territorien wie Sachalin fallen ebenfalls unter die Einschränkungen. Im übrigen sei der Verkehr in der Fünf-Kilometer-Zone um Moskau derart vielen Ausnahmen unterworfen, daß sich die ausländischen Missionen praktisch nur im engeren Stadtgebiet bewegen können.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte am Dienstag zu den Einschränkungen, denen die ausländischen Diplomaten in der Sowjetunion nach den neuen Bestimmungen ausgesetzt sind, dieser Vorgang sei „ohne Beispiel unter den europäischen Nationen in Friedenszeiten“. Gleichartige Beschränkungen seien nur in Tibet und in manchen Ländern, wie dem China vor der Revolution, üblich.

„Ueber die Partei Deutschland“

Vom 4. Landesparteitag der DP Rheinland-Pfalz

Bad Kreuznach. Ende letzter Woche eröffnete Dr. Dohr, Trier, der erste Landesvorsitzende der Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz, den vierten Parteitag der Demokratischen Partei. In seinen Ausführungen betonte Dr. Dohr, daß die Partei das erreicht habe, was bei der Gründung geplant worden sei, eine wirklich neue Partei. Das Schlagwort Neoliberalismus besage, daß etwas Neues aufgestellt wurde.

Dr. Novack, der Fraktionsführer der demokratischen Landtagsfraktion, referierte sodann über die Arbeit der Fraktion im Landtag während der Zeit vom vorigen Parteitag seit dem Frühjahr. Zur Demontage stellte Dr. Novack fest, die demokratische Fraktion habe seit jeher den Standpunkt vertreten, daß Marshall-Plan und gleichzeitige Demontage unvereinbar seien. In der Länderfrage habe es sich gezeigt, daß die Auffassung der Demokratischen Partei über die seinerzeit vom Landtag einstimmig angenommene Resolution von der der CDU sehr verschieden ist. Die CDU und der Ministerpräsident behandelten diese Probleme dilatorisch, während die Demokraten für die sofortige Lösung dieser brennenden Frage eintreten.

Zur Länderfrage sprach auch Dr. Ungeheuer, nachdem in der Aussprache die Arbeit der Fraktion seitens der anwesenden Delegierten gebilligt worden war. Im Verlaufe der weiteren Rede warnte der Redner vor der Schaffung eines mittelrheinischen Staates, weil dessen Mittelpunkt wiederum linksrheinisch wäre. Ueber die liberale Sozialreform referierte anschließend Dr. Hermann Schäfer, Mitglied des Parlamentarischen Rates, als Delegierter der FDP in der britischen Zone.

Sicherheit eines jeden Landes davon abhängt, ob seine Menschen frei und ruhig sind, denn nur der Friede kann dem Frieden dienen. Derjenige wird am freiesten und zufriedentesten sich fühlen, der sich in seinen Rechten anerkannt weiß. Es ist eine historische Tatsache, daß sich das deutsche Volk nur dann zufrieden fühlt, wenn es sich als Ganzes fühlt und wenn es als Ganzes leben darf und anerkannt wird. Wenn wir in den großen Bemühungen um ein geeintes Europa Erfolg haben wollen, dann muß Deutschland wieder ein Ganzes werden, so wie es England, Frankreich, Italien und Spanien ja auch sind. Die Arbeiten in Bonn sind deshalb nicht nutzlos, sondern sie sind Vorbereitungen dazu, und diese Arbeiten haben Zweck, weil das deutsche Volk wieder beginnt Subjekt zu werden, anstatt Objekt irgendwelcher Kräfte von außen. Wir müssen von der Bizonne zur Trizone und dann wieder zu Berlin und zur Ostzone kommen.“ Abschließend wandte sich Minister Blücher erneut an Frankreich und erklärte, ein geeintes Europa könne die wohlwollende dritte Kraft zwischen Rußland und Amerika sein.

Zum Abschluß des Parteitages ergriff Minister Neumayer das Wort und sprach allen Teilnehmern des Parteitages seinen Dank für ihre lebhafteste Anteilnahme aus. „Ueber aller unserer Parteiarbeit muß der Gedanke Deutschland stehen. Wir wissen von der Parteiloyalität des Volkes, aber wir werden versuchen, als nationale Partei über allen Parteihader erhaben zu bleiben.“ Er schloß mit dem Ausruf: „Ueber die Partei Deutschland.“

Was der bekannte Astrologe Nostradamus prophezeite:

Paris in vier Jahren ein Trümmerhaufen

Nostradamus, ein französischer Astrologe, der schon zu seinen Lebzeiten (1503-1566) durch seine Prophezeiungen großes Aufsehen erregte, hat es vorausgesagt: Paris wird vier Jahre nach dem Beginn der Besetzung Frankreichs durch die gotischen Sektanten aus dem Lande des Bären zerstört werden. Die Bestattung geht vor sich, wenn der Merkur im Bogen steht. Der Merkur steht vom 21. November bis 13. Dezember dieses Jahres im Bogen! Es ist also nicht notwendig, erhitze Diskussionen um ein Für oder Wider der Wahrheit dieser Voraussage beginnen zu wollen. In wenigen Wochen wird sich von selbst beweisen, inwieweit diese herrlichen Aussichten zutreffend sein werden.

Er war übrigens bei weitem nicht der einzige, der eine solchermaßen vernichtende Prophezeiung machte. Doch er übertraf die anderen erheblich in der Präzision seiner Aussagen. Hören wir, was er im einzelnen zu sagen wollte: Im Lande des Bären - damit bezeichnete man zu seiner Zeit das heutige Rußland - wird sich eine Philosophie ohne Gott und Glauben breit machen. Ihre Träger werden sich fälschlicherweise für Menschen ausgeben, die weder auf Geld noch auf Titel Wert legen. Diese Sekte wird sich langsam über die Länder Europas ausbreiten, und zwar zuerst über Polen, Rumänien und die übrigen Balkanländer. Sie wird sodann im übrigen Europa revolutionäre Umtriebe inszenieren, die vor allem in Frankreich, England, Spanien und Italien zum Ausdruck kommen und sich derart steigern werden, daß ihre Anstifter die von ihnen provozierten Unruhen als Vorwand nehmen, um ihre Herrschaft über ganz Europa auszudehnen und den Westen zu besetzen. Dieses Ereignis wird stattfinden, wenn der Merkur im Bogen steht. Die Besatzungszeit dauert vier Jahre, wonach die Beherrscher gezwungen werden, sich zurückzuziehen. Ihr Rückzug wird dem Westen Feuer und Blut bringen, und Paris sowie andere große Städte werden dem Erdboden gleichgemacht werden.

Christi Geburt, daß Feuer und Eisen des Babylon Galliens (Paris) einschließen und in einer großen Feuersbrunst untergehen lassen werden. 1265 hören wir dasselbe vom Heiligen Thomas von Aquino, 1350 von der Heiligen Brigitta von Schweden und 1575 vom Heiligen Benoit Labre, dessen Zeitgenosse der Mönch Raux war, der jedoch in seinen Prophezeiungen die tröstliche Einschränkung machte, daß die Guten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen könnten. Ohne allen Optimismus sind dagegen die Worte des Geistlichen Nectou; behauptet er doch, Paris würde so vollständig vernichtet werden, daß noch viele Jahre danach die Väter mit ihren Kindern über die Ruinen spazieren gehen und auf die Frage der Kinder antworten würden: „Mein Sohn, hier stand einst eine große Stadt, die durch Feuer zerstört worden ist.“ Im gleichen Sinne orakelt der unbekannt Mönch von Orval: Das Wasser des großen Flusses - womit er höchstwahrscheinlich die Seine meinte - wird bis ins Meer hinein rot von Blut gefärbt sein. Ähnlich drückten sich 1816 der Priester Souffrant, die Nonne Trappistine und die Hirtin Marianne Galtier aus. Letztere fügte noch hinzu, daß das Feuer des Himmels hauptsächlich auf die Teufelsbauten fallen werde, wo die schlechten Gesetze gemacht würden. - Die Parlamentarier Frankreichs sind also besonders gewarnt!

Genaue Einzelheiten prophezeit Marie Julie. Neben der sich im üblichen Rahmen haltenden Ankündigung, daß kein Pfisterstein an seinem Platze bleiben werde, wies sie auf, daß sich Feuer vom Himmel mit dem der Erde vereinigen werde, was den Voraussagen des Lothringers Watrin recht nahe kommt, wenn er wörtlich ausrief: „Ich schwöre vor Gott und auf das Heilige Evangelium, daß durch einen Blitz, der alle Städte des Zentrums vernichtet, Paris in ein riesiges Flammenmeer verwandelt wird.“ Lesen wir nur noch abschließend bei Nostradamus nach, was dieser über die Art und Mittel der Vernichtung zu sagen weiß, von denen er ebenfalls, gleich seinen anfangs wiedergegebenen zeitlichen und örtlichen Prophezeiungen, die genauesten Einzelheiten voraussagt: „Die Stadt wird durch schreckliche Feuerkugeln in Brand gesteckt werden, die von fliegenden Maschinen, aus denen zurückstoßende Flammen zischen, abgeworfen werden. Des Nachts wird man die Schreie derer hören, die in der Stadt geblieben waren und versuchen, durch unterirdische Gänge zu entkommen.“

Es erübrigt sich, zu diesen Prophezeiungen Stellung zu nehmen, da, wie schon gesagt, bereits die allernächste Zukunft bewiesen wird, ob eine Aufregung angebracht wäre oder nicht. Das Unheil würde überdies kaum noch abzuwenden sein, denn wer wollte erwarten, daß, wenn im allgemeinen auch den Worten von Toten mehr Gewicht beimessen wird als den warnenden Stimmen der Lebenden, plötzlich noch eine Wandlung eintreten könnte.

Zeitgeschehen - kurz berichtet

Gefangenenerbefreiung in Berlin. Die Volksmenge überfiel im britischen Sektor Berlins zwei deutsche Polizisten des sowjetischen Sektors, die einen Gefangenen in der Stadtbahn begleiteten. Die Menge wurde auf einer Station der S-Bahn durch die Hilferufe des Gefangenen alarmiert, der erklärte, daß man ihn entführe und in die Sowjetzone bringe. Dem Gefangenen gelang es, zu entkommen und die beiden Polizisten wurden schwer verletzt. Die britische Militärpolizei verhaftete sie sodann.

10 Millionen D-Mark Strafe für Reemisma. Im Prozeß gegen den deutschen Tabakkönig Philipp Reemisma sprach das Landgericht Hamburg das Urteil. Für die Bestechung des ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring wurde gegen den Angeklagten eine Strafe von 10 Millionen D-Mark verhängt. In Nichtbetrachtungsfälle zehn Monate Gefängnis. Fünf Millionen D-Mark hat Reemisma bereits durch seine fünfmonatige Haftzeit verbüßt.

Euler wiedergewählt. Auf dem Landesparteitag der LDP Hessen wurde der bisherige Landesvorsitzende August Martin Euler mit 158 gegen fünf Stimmen wiedergewählt. Carl Hubert Schwennicke, der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der LDP, wurde einstimmig zum Ehrenmitglied der hessischen LDP ernannt.

Helgoland wird weiter bombardiert. Die britische Kontrollkommission hat auf das

Memorandum der Regierung von Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen in dem die Freigabe Helgolands für die zivile Bevölkerung gefordert wurde, geantwortet, die Insel werde vorläufig weiter bombardiert werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Insel ohnehin keinerlei natürliche Hilfsquellen besitzt und deshalb zum Wiederaufbau Deutschlands kaum beitragen könne.

Außenpolitischer Ausschuss des Repräsentantenhauses: Kommunistischer Erfolg in China gefährlicher als Ereignisse in Europa. Die Erfolge der chinesischen Kommunisten in Nordchina sind für die Westmächte bedrohlicher als die Ereignisse in Berlin und Europa. Das ist die Quintessenz eines Berichtes des außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses.

Stabschefs der Westmächte konferieren. Die Stabschefs der fünf Westunionsmächte, Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten, konferierten, wie offiziell bekanntgegeben wird, am Dienstag im britischen Kriegsministerium. Luftmarschall Lord Tedder führte auf dieser Konferenz den Vorsitz.

„DAS NEUE BADEN“
 Verantwortlicher Redakteur: Günter Admann.
 Ansdhr. der Besdkt.: Lahr/Schw., Postf. 72. Tel. 255.
 Verlag: Demokratische Verlagsges. mbH, Lahr/Schw.
 Druck: Moritz Schauenburg, Lahr/Schw., - K. & H. Greiser, Mastatt (Baden). - Südwestdruck K.-G., Lörrach. - A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).



FREIBURGER CHRONIK

Die Rationen für Oktober

Das badische Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung teilt die für den Monat Oktober vorgesehenen Rationen wie folgt mit (in Gramm monatlich):
 Brot: Sgl. und K 1 4550, K 2 6200, Jgd. 1 9300, Jgd. 2 10 890, E 9300, Fleisch: Sgl. und K 1 150, K 2 225, Jgd. 1 300, Jgd. 2 500, E 400, Fett: Sgl., K 1 und K 2 350, Jgd. 1 und 2 und E 500, Käse: K 2 und Jgd. 1 125, Jgd. 2 und E 187,5, Mehl: allgemein 1550, Zucker: Sgl. und K 1 1750, K 2, Jgd. 1 und 2 1250, E 1000, Kaffee-Ersatz: Jgd. 1 und 2 und E 125, Nahrungsmittel: allgemein 1500, Fischer: K 2, Jgd. 1 und 2 und E 500.
 Die zusätzlichen Zuteilungen für Schwerarbeiter und Mütter bleiben die gleichen wie im September. Unter Nahrungsmitteln werden verstanden: Teigwaren, Kindernahrungsmittel, Hülsenfrüchte, Suppenzuzugnisse, Haferflocken und Grieß. Der Aufruf erfolgt nach Vorratslage wie stets durch die örtlichen Ernährungsämter, und zwar wird die erste Rate feit anfangs des Monats ausgegeben.

Jubiläumfeier der „Lätitia“

Am Sonntag feierte der KKV „Lätitia“ im festlich geschmückten Kaufhausaal unter Anwesenheit zahlreicher Gäste von Kirche, Stadt und Staat sein 60jähriges Bestehen. Präsident Gustav Adler brachte zahlreiche Glückwunschschriften zur Verlesung, die ihm auch aus der Schweiz anlässlich des Jubiläums zugehingen. In seiner Festrede forderte der Abgeordnete des Wirtschaftsrates P. Hörn, Frankfurt, auch in der gegenwärtigen schweren Zeit die bedingungslose Hingabe des Kaufmanns an seine Aufgaben. Nachdem Dompfarrer Dr. Geis den Anwesenden im Namen der Geistlichkeit Freiburgs seine Glückwünsche ausgesprochen hatte, wurden unter starkem Beifall die Namen der neu ernannten Ehrenmitglieder mitgeteilt. Ein Hornquartett gab mit seinen Darbietungen der Feier eine festliche Untermauerung.

Kundgebung der Europa-Union

Wie bereits mehrfach mitgeteilt, findet am 10. Oktober in der Straßenbahnhalde Urachstraße eine große öffentliche Kundgebung für die Vereinigten Staaten von Europa statt. Als endgültige Redner sind vorgesehen: Exzellenz François-Poncet (Frankreich), Professor H. Bruggmans (Holland), Staatspräsident Wohleb Deutschland, Mme Dr. Susanne (Frankreich), Miss. Josephy (England), Nationalrat Dr. Schnyder (Schweiz).

Weltstaat-Liga tagt

Am Sonntag, dem 17. Oktober 1948, findet in Freiburg der „Tag der Weltstaat-Liga“ (I. Internationale Konferenz der Weltstaat-Liga) in der französischen Zone in Deutschland statt, an dem Gäste aus dem Ausland teilnehmen und sprechen werden. Diese Tagung wird einen Einblick in die Arbeit der Weltstaat-Liga in aller Welt geben.

Theater-Nachrichten

Im Anrecht der 2. Donnerstags-Miete B werden am 7. Oktober im Casino Leonacavallo „Bajazzo“ und das Ballett „Der Zaubersiden“ wiederholt. Eine um 19.30 Uhr im Kammertheater beginnende Vorstellung sieht eine Wiederholung von Karl Zuckmayers Schauspiel „Des Teufels General“ vor. Die Reihe der auswärtigen Gastspiele der Stadt-Bühnen wird am 9. Oktober mit Karl Zuckmayers „Des Teufels General“ in Lahr eröffnet.

Freiburger Brunnen

Kleine Plauderei über ein Charakteristikum unserer Stadt

Haben Sie sich schon einmal für die vielen Brunnen in den Straßen Freiburgs interessiert? Nehmen Sie sich einmal die Zeit dazu, dann könnten Sie aus den vergilbten Blättern alter Archive und den verwitterten Inschriften an den steinernen Brunnen mancherlei Wissenswertes erfahren. Dem aufmerksamen Lauscher vermag auch das sanfte Murmeln des fließenden Wassers Bilder vorzugaukeln, wie sie vor hundert und mehr Jahren das Stadtbild belebt haben mögen. Für diejenigen aber unter Ihnen, die keine freie Stunde erübrigen können oder es für sinnlos halten, sich mit Dingen ohne praktischen Zweck zu befassen, seien die Entdeckungen einer kleinen Forschungsreise in die Vergangenheit und Gegenwart der Freiburger Brunnen hier aufgezeichnet.

Einst waren die Brunnen unerlässlicher Mittelpunkt im Leben der Stadt. Die Bürgerfrauen trafen sich dort zur großen Wasche, die Mäde tauschen beim Wasserholen Neugierigkeiten aus, und auch der angesehene Bürger hielt es nicht für unter seiner Würde, den Erzählungen allerhand fahrenden Volkes zu lauschen, das am Brunnen seine durstigen Pferde tränkte. Von solchen Begebenheiten können allerdings nur die Veteranen unter unseren Brunnen berichten. Etwas, das von denen die Chronik weiß, daß sie schon

Problem Stadtverkehr

Frequenz auf der Tram um 10 Prozent zurückgegangen — Wünsche der Oststadt

Mit der Aufhebung der Sperren im Straßenbahnverkehr der Stadt Freiburg ist ein Kapitel abgeschlossen, das sowohl bei den Benutzern dieses Verkehrsmittels als auch bei der Direktion der Straßenbahn — wie sie sich wiederholt selbst äußerte — nur Verdruss und Unannehmlichkeiten bereitet. Nun ist durch die Währungsinstellung die Frequenz auf der Tram etwas zurückgegangen, wenn gleich auch kaum mehr als 10 Prozent. Immerhin hat sich die Abwicklung des Verkehrs etwas normalisiert und wilde Auswüchse in Form der Bestürmung und Überladung der Wagen sind seltener geworden. So sind auch die verkehrspolizeulichen Polizeikräfte etwas entlastet worden.

Immerhin besteht zu bestimmten Stunden noch ein starker Spitzenverkehr, der sich vielleicht doch etwas mehr auseinandersetzen oder verteilen ließe. Die Personalnot bei der Straßenbahn gilt als behoben; so sieht man denn auch unter dem Schaffnerpersonal viele neue Gesichter, junge Männer, die ihr Amt durchaus ernst nehmen und die gewillt sind, der glatten Abwicklung des Tramverkehrs ihre volle Kraft und Aufmerksamkeit zu leihen. Durch den erhöhten Stand des Fahrpersonals ist es nunmehr möglich, bisher stillliegende Motorwagen einzusetzen. So verkehren außer den vor einiger Zeit eingelagerten Einsatzwagen E der zwei großen Hauptlinien jetzt auf der Strecke 1 Loretostraße — Komturplatz Doppelkurse durch Anhängen eines zweiten kleinen Motorwagens. Das kommt zweifellos einer Auflockerung des Verkehrs in der Hauptverkehrsader der Stadt gleich.

Notstand auf Ost-West-Linien 3 und 4

Ein gewisser Notstand besteht jedoch nach wie vor auf den Ost-West-Linien 3 und 4. Hier erleben die Trambenutzer immer wieder, daß sie besonders des Morgens während des Stoßverkehrs zwischen 7 und 8 Uhr des öfteren nicht rechtzeitig an ihre Arbeitsplätze gebracht werden können. Es ist zu beachten, daß in der Oststadt, im Waldseebühl und der östlichen Oberwehre mehrere tausend fast ausschließlich Berufstätige wohnen, die einen weiten Weg zu ihren Arbeitsstätten zurücklegen müssen. Ähnlich verhält es sich nach der Mittagspause. Die Doppelwagen der Tram füllen sich meist schon in Littenweiler, und an jeder nächsten Haltestelle warten Dutzende von Menschen, wogegen auf der ganzen Fahrt kaum jemand aussteigt.

Die Neugestaltung des Ausstellungsgeländes

Das Haus für Wiederaufbau und Wirtschaftswerbung, das jedes Jahr die badische Industrie-, Handwerks- und Gewerbaustellung und Landesexportschau „Biba“ sowie eine Reihe anderer badischer und württembergischer Veranstaltungen mit Messe- und Ausstellungscharakter wie in Konstanz, Mosbach und Schramberg organisiert, plant im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung und im Zusammenhang mit dem Aufbauprojekt für Freiburg eine großzügige Ausgestaltung des Stadtgartens und des nördlich sich anschließenden alten Festhallenplatzes zu einem einheitlichen Ausstellungsgelände und Unterhaltungsviertel. Vorgesehen ist zunächst im Stadtgarten der Bau einer Festhalle in Holz- und Kunststeinanführung für die verschiedensten Verwendungszwecke als Theater- und Musikhalle mit einer Bühne. Die projektierten Ausmaße der Halle von 80 x 20 Metern werden 800 Personen Platz bieten. Dieses erste Etablissement des neu erstehenden Ausstellungsgeländes wird von dem Haus für Wiederaufbau und Wirtschaftswerbung in eigener Regie erbaut. Mit der Fertigstellung der Halle, deren Grundstein bereits gelegt ist, dürfte bis zur nächsten Ausstellung zu rechnen sein.

Als weiteres Projekt ist auf dem Gelände der zerstörten alten Festhalle der Bau einer großen Ausstellungs- und Festhalle, ebenfalls in moderner Leichtbaukonstruktion, geplant, die mit ihren im Entwurf genehmigten Ausmaßen von 100 x 32 m groß und geräumiger und auch architektonisch besser dem Geländebild angepaßt sein wird als die chema-

Hier möchten wir der Direktion doch die Anregung unterbreiten, in den Stunden von 7 bis 10 Uhr einen Sonderdienst einzuschalten und die Linie 3 auch wieder bis zum „Römerhof“ zu verlängern; dies ließe sich fahrplanpolitisch gewiß durchführen. Tatsächlich sind auf der Linie Littenweiler — Bertoldsbrunnen die Verhältnisse nach wie vor unhaltbar. Es ist weiter zu beachten, daß die Oststadt kaum nennenswert mit Geschäften und Läden ausgestattet ist; so sind die Hausfrauen gezwungen, zur Erledigung ihrer Einkäufe in die Stadt zu fahren. Dieser Verkehr setzt nach 8 Uhr mächtig ein und pulsiert bis 10 Uhr und länger. Die Wünsche der Oststadt erscheinen uns als durchaus berechtigt. Denn wenn die Straßenbahndirektion bei Großveranstaltungen — z. B. für den Sport und bei Zirkusgastspielen usw. — einen Sonderverkehr einrichten kann, muß dies auch täglich möglich sein. Der Dienst für das dazu eingesetzte Personal kann gewiß in anderer Weise wieder ausgeglichen werden.

Tramzüge mit drei Wagen noch nicht möglich

Noch sind die vor einhalb Jahren schon angekündigten stärkeren Motoren für die Triebwagen der Freiburger Straßenbahn leider nicht eingetroffen, um sogenannte Tramzüge mit drei Wagen bzw. zwei Anhängern laufen zu lassen, wie man solche in jeder anderen deutschen Großstadt sehen kann. Dafür wäre es möglich, in Freiburg wieder den Fünf-Minuten-Verkehr einzuführen, wie es ihn 1904 bei der Eröffnung des Straßenbahnbetriebs gab, zu einer Zeit, als Freiburg erst 60 000 Einwohner zählte, gegenüber mehr als 110 000 Bewohnern von heute.

Im übrigen muß ehrlich anerkannt werden, daß die Direktion der Freiburger Straßenbahn sich die größte Mühe gibt, den Straßenbahnverkehr sowohl technisch wie fahrplanmäßig auf bester Höhe zu halten, soweit es die augenblicklichen Gegebenheiten überhaupt ermöglichen. In diesen Tagen sind kräftige Hände wieder dabei, den Unterbau in der Unterführung Friedrich- zur Hugstetter Straße zu verbessern und neue Schienen einzubauen, wie es die Kletterschienen vor und hinter der Baustelle dazwischen. Als wichtiges Instrument des Stadtverkehrs von Süd nach Nord und von West nach Ost wird die Freiburger Straßenbahn für die große Allgemeinheit nach wie vor im Vordergrund des Interesses stehen. CFF.

Was bietet Freiburg?

Donnerstag, den 7. Oktober:
 Städtische Bühnen-Casino: „Der Beldane“, „Der Zaubersiden“, 19.30 Uhr — Komturplatz — „Des Teufels General“, 19.30 Uhr.
 Rockmisch-Ball: Schülerabend, 19.30 Uhr.
 Lichtspiele-Casino: „Alles Lüge“ — Friedrichsbau: „Ehe im Schatten“ — Harmonie: „Nazi, der untreue Pfleger“ — Union: „Geliebte Welt“.
Freitag, den 8. Oktober:
 Maria-Hilf-Ball: Zweiter Beethoven-Abend, 20 Uhr.
 Lichtspiele-Casino: „Jugendgedenken“ — Friedrichsbau: „Monsieur Vincent“ — Harmonie: „Sündige Engel“ — Union: „Die Lüge der Nina Petrowna“.
Tätlich:
 Augustinermuseum: Richard Engelmann. — Paulussaal: Georges Braque.

Studio Freiburg sendet

Donnerstag, den 7. 10. 1948
 6.15 Nachrichten-Morgenmusik: 6.30 Suchdienst; 11.40 Landfunk; 12.40 Die Zeit im Gespräch; 14.30 Suchdienst; 15.30 Aus den Knaben Wunderhorn, Zusammenstellung Ursula Volkmar; 19.30 Nachrichten aus Baden und Württemberg.
Freitag, den 8. 10. 1948
 6.15 Nachrichten-Morgenmusik: 6.30 Suchdienst; 11.40 „Std. für Württemberg-Johannesliedern; 12.40 Die Sendung des Landvolks; 14.30 Suchdienst; 16.00 Treffpunkt Freiburg; 16.15 15 Minuten: Solte Rhythmus; 17.30 Sportschau; 22.30 Badische Baudenkmal L. d. Dichtung. Mammokr. Dr. Robert Gießler.

Aus dem Freiburger Gerichtssaal:

Käuberische Gesenen abgeurteilt

Über zwei Jahre hindurch trieb in Emmendingen und Umgebung eine sechsköpfige männliche Diebesgesellschaft im Alter von 20 bis 27 Jahren ihr freies Unwesen auf die Spitze. Der Haupttäter, ein Theodor B. aus Heimbach, entzog sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht; gegen seine fünf Spießgesellen wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht Freiburg verhandelt. Die Einbrecherbande, deren Sündenregister in wechselnder Beteiligung 51 Einzelfälle umfasst, stahl zur Nachtzeit insgesamt 159 Stück Geflügel, über 80 Stallhasen, aus Zigarrenfabriken große Mengen Tabak, Tausende von Zigarren, 60 bis 70 Liter Speiseöl und weiter ein buntes Gemisch von Bargeld, Lebensmittel und Gebrauchsgegenständen. Das gestohlene Speiseöl und die Zigarren wurden hauptsächlich nach Konstanz an einen beherrschenden Schwarzhändler abgesetzt, der sich dort in Untersuchungshaft befindet. Ihre verbrecherischen Vorstöße krönten die Diebe im April 1946 mit der Wegnahme von über 4 Zentnern Butter aus der Molkerei Emmendingen. Das Schöffengericht verurteilte die fünf Angeklagten zu Gefängnisstrafen von einem Jahr aufwärts bis zu drei Jahren acht Monaten.

Aus den Nachbarkreisen

Bad Krozingen. Die Wahlkommission für die Kreis- und Gemeindevahlen wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderats wie folgt zusammengesetzt: Wahlvorsitzender: Bürgermeister Lauber. Stellvertreter: Bürgermeisterstellvertreter Autenrieth. Schriftführer: Ratschreiber Pfefferle. Stellvertreter: Ratschreiber Singler. Beisitzer: Erich Pfefferle, Stellvertreter Oskar Köbele (CDU). — Die Preise für Kaufgräber bzw. Mieten auf 30 Jahre wurden wie folgt festgesetzt: an der Mauer pro Grab 100 DM, an den Wegen 75 DM das erste, 50 DM das zweite Grab. Gräber in den Reihen 25 DM pro Grabplatz. — Im vergangenen Vierteljahr wurden 1 Geburt, 5 Eheschließungen und 4 Todesfälle in den Standesbüchern verzeichnet. — In der Nacht vom 27. auf 28. September ereignete sich auf der Reichstraße, wo der Tunseler Eisenbahnweg einmündet, ein Autounfall. Ein Personenwagen, vom Tunseler Bahnhof kommend, fuhr in voller Fahrt quer über die Reichstraße auf die Brückenmauer auf, die zertrümmert wurde. Der Wagen wurde über die Straße in den Straßengraben geschleudert, wo er Feuer fing und verbrannte. Zum Glück kamen die Insassen mit leichten Verletzungen davon.

Ebringen. In diesen Tagen werden unter reger Mithilfe der Bevölkerung die Rebgasen herzerichtet, um bis zum Beginn der Traubenernte in einwandfreiem Zustand zu sein. Der Behang der Reben läßt einen guten Herbst in Aussicht stellen, zumal die Sonne nun doch noch ihr Möglichstes tut. — Schon seit langem geht die Klage, daß die Hauptverkehrsstraße immer noch nicht befahrbar ist, da die zu Kriessende gesprengte Bahnüberführungsbrücke noch nicht wiederhergestellt wurde. Die Dorfstraße wäre ebenfalls dringender erneuerungsbedürftig. Diese beiden Faktoren werden sich unter Umständen auf den kommenden Herbst ungünstig auswirken und man hofft, daß doch eines Tages diese Projekte in Angriff genommen werden. — Die Wachwarenfabrik Lutz läuft nun, seit der Freigabe durch die Besatzungsbehörde, auf vollen Touren und stellt wieder bestes Bodenwachs, Schuhpflegemittel und Waschmittel usw. her. Die Firma unterhält zwei Arbeitsschichten und ist so in der Lage, in mancher Familie dem derzeitigen sozialen Notstand abzuhelfen, da sie vor allem auch Frauen eine Arbeitsmöglichkeit bietet.

Schliengen. Ein endloser Trauerzug bewegte sich am letzten Donnerstag zum hiesigen Friedhof, als man den achtjährigen Sohn Dieter der Familie Fritz Burget zu Grabe trug. Mit diesem Knaben, der einer kurzen, schweren Krankheit erlag, verliert die leidgeprüfte Familie — der Vater zählt noch zu den in Rußland Vermissten — das vierte Kind.

Seetelden. Die Inhaberin des Ladengeschäftes Bolanz, Fräulein Sibylle Bolanz, konnte am 2. Oktober in guter Gesundheit ihren 80. Geburtstag feiern.

W. Ft.

